Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**DGE-Standards in Schulen in Bremen und Bremerhaven etablieren**

Seit dem Jahr 2010 sind die Qualitätsstandards für Schulverpflegung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) Bestandteil der Ausschreibungen für die Nutzungskonzessionen der Schulmensen in Bremen und Bremerhaven. Ziel dieser Qualitätsstandards ist die Sicherstellung eines vollwertigen und möglichst gesunden Verpflegungsangebots (Frühstück, Zwischenmahlzeiten, Mittagessen) für die Schülerinnen und Schüler. Die Verantwortlichen für das Schulessen in den Mensen bekommen mit den DGE-Standards einen Leitfaden und Vorgaben für eine ausgewogene Ernährung im Schulalltag.

Längst sind die Zusammenhänge zwischen der Ernährung und der Leistungs- und Konzentrationsfähigkeit sowie die Auswirkungen auf die geistige und körperliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen nachgewiesen. Für das Frühstück und die Zwischenmahlzeiten sehen die Standards einen ausgewogenen Mix von Gemüse, Obst, Getreide- und Milchprodukten vor. Für das Mittagessen fordern die Standards täglich ein Gemüse- und Salatangebot, täglich Getreide, mindestens zweimal pro Woche Obst und höchstens zweimal Fleisch oder Wurst. In einigen Schulen werden die DGE-Standards schon gut umgesetzt, in anderen noch nicht ausreichend.

Schülerinnen und Schüler sollten die Möglichkeit haben, in der Schule auch Kenntnisse über die Erzeugungsbedingungen und die Herkunft der Lebensmittel vermittelt zu bekommen. Ebenso sollten sie lernen, welche Auswirkungen die Produktion und der Verzehr des Essens auf Menschen, Tiere, Umwelt und Klima nach sich ziehen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- die DGE-Qualitätsstandards Schulverpflegung auch weiterhin zur Grundlage von Ausschreibungen für den Betrieb von Schulmensen zu machen.
- sich bei den Betreibern, deren Nutzungskonzessionen vor 2010 abgeschlossen wurden, um Vereinbarungen zu bemühen, mit denen die DGE-Standards Grundlage des Angebots werden und hiernach deren Einhaltung, insbesondere mit Blick auf die Gestaltung der Speisepläne, in den Schulmensen sichergestellt wird.
- den Kantinenbetreibern anzubieten, sie durch einen zentralen Einkauf zu entlasten, um die gegebenenfalls erhöhten Einkaufspreise für solche Produkte aufzufangen.
- der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung über die hierdurch indizierte Entwicklung der Abgabepreise für Selbstzahler der Schulverpflegung zum 30. Juni 2017 zu berichten und gegebenenfalls erforderliche preisliche Gegensteuerungsmaßnahmen darzulegen.
- dafür Sorge zu tragen, dass die Erzeugungsbedingungen und die Herkunft von Lebensmitteln sowie die Auswirkungen der Produktion und des Verzehrs auf Menschen, Tiere, Umwelt und Klima auch weiterhin im Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen behandelt werden.

- der Bürgerschaft (Landtag) ein Jahr nach Beschlussfassung einen (Zwischen-) Bericht vorzulegen.

Jan Saffe, Dr. Kirsten Kappert-Gonther,
Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jens Crueger, Mustafa Güngör,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD